

ANSPRECHPARTNER



JOCHEN HAUSSMANN

stv. Fraktionsvorsitzender

✉ jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 921



JÜRGEN KECK

✉ juergen.keck@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9103



MARKUS FLANDI

Parlamentarischer Berater

✉ markus.flandi@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 927

LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2020

BEREICH SOZIALPOLITIK UND GESUNDHEIT

Die liberale Parlamentsarbeit im Jahr 2020 war im Bereich der Gesundheitspolitik vom Thema Corona dominiert (siehe „Im Fokus“). Aber auch die geplante Enteignung von Kassenrücklagen im Zuge des Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz haben wir mit einem Antrag aufgegriffen.

Im Bereich der Pflegepolitik haben wir ein Positionspapier „Die Pflege der Zukunft: [Die pflegerische Versorgung nachhaltig stärken](#)“ auf den Weg gebracht. Darin haben wir dargelegt, welche substanziierten Verbesserungen wir fordern, anstatt eine Pflegekammer auf den Weg zu bringen. Dieses Ziel von grün-schwarz auf Basis einer fragwürdigen Umfrage haben wir mit einer Kampagne durchleuchtet, die mit dazu beigetragen hat, dass in dieser Wahlperiode keine Pflegekammer mehr kommt. Das erspart den Pflegekräften die Zwangsmitgliedschaft und verpflichtende Beiträge in einer Kammer, die an den unmittelbaren Rahmenbedingungen keine wirklichen Verbesserungen herbeiführen kann. Ebenso haben wir uns mit dem Praxisstart der generalisierten Pflegeausbildung befasst, bei der es insbesondere im Bereich der Kinderkrankenpflege noch knirscht.

Die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung ist für uns eine Daueraufgabe. Wir setzen dabei auf die Wiederherstellung der Attraktivität des Arztberufs statt auf verpflichtende Landarztquoten. Auch die Situation der Geburtshilfe, das Heilpraktikerwesen, die Heilmittelerbringer und die Kinder- und Jugendpsychiatrie sind nur einige Stichworte. Und selbstverständlich muss es das Ziel sein, dass die Apotheke vor Ort als kompetente Beratungs- und Abgabestelle von Arzneimitteln erhalten bleibt. Zentrales Handlungsfeld der Landespolitik ist darüber hinaus die Krankenhausplanung und Investitionsförderung. Auch hierzu haben wir vor dem Hintergrund von Corona einen Antrag eingebracht.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Land bleibt spannend. Es ist für die Einrichtungen und die gesetzlichen Betreuer eine Mammutaufgabe und es spricht viel dafür, dass es eine weitere Übergangsvereinbarung braucht. Auch dies haben wir mit einem Antrag aufgegriffen.

INITIATIVEN

- » Enteignung und Sozialisierung von Rücklagen der gesetzlichen Krankenversicherungen durch das Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz [Drucksache 16/8949](#)
- » Weiterentwicklung der Krankenhausplanung und -investitionskostenförderung vor den Erkenntnissen der COVID-19-Pandemie [Drucksache 16/8748](#)
- » Praxisstart der generalisierten Ausbildung in den Pflegeberufen [Drucksache 16/7887](#)
- » Umsetzung des Bundesinvestitionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ [Drucksache 16/8081](#)
- » Transformationsprozess Bundesteilhabegesetz in Baden-Württemberg [Drucksache 16/9093](#)
- » Diagnostik von COVID-19 und Kommunikationswege [Drucksache 16/8941](#)
- » Testungen von und Erkrankungen an Covid-19 [Drucksache 16/8828](#)

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

IM FOKUS

COVID-19

Lockdown, regieren mit Verordnungen, massive Einschränkungen von Freiheitsrechten, Dynamik der Schuldenaufnahme, Chaos um persönliche Schutzausstattungen und Abhängigkeit von China.



ARBEITSKREIS

Soziales und Integration



ANSPRECHPARTNER

Jochen Haußmann MdL
Jürgen Keck MdL



Das sind wohl die ersten Schlagworte, die man mit COVID-19 assoziiert. Was vielfach als Stunde der Exekutive apostrophiert wurde, ist in Wahrheit die Stunde der Opposition. Denn insbesondere in Krisenzeiten ist die Demokratie darauf angewiesen, dass das Regierungshandeln mit Argusaugen beobachtet wird.

Es war unsere Fraktion, die ein Gesetz initiiert hat, damit der Landtag wieder beteiligt wird und nicht auf bloßer Basis von Verordnungen agiert wird. Wir haben Schwachpunkte der Regelungen kritisiert, die dann auch zurückgenommen wurde, wie beispielsweise ein faktisches Berufsverbot von Zahnärztinnen und Zahnärzten. Wir haben den Mangel an Schutzausstattungen und die Beschaffungswege kritisiert. Unsere Ärztinnen und Ärzte, die Krankenhäuser, die Pflege- und Behinderteneinrichtungen und viele weitere Akteure haben Hervorragendes geleistet. Auch die Gesundheitsämter. Wobei es aus unserer Sicht einem informationstechnischen Offenbarungseid gleichkommt, wenn noch immer mit Telefonhörer und Bleistift Infektionsketten nachgespürt werden muss.

Wir haben auch zentrale Kritik daran geübt, dass reine Laborergebnisse des SCR-Tests zum alleinigen Indikator für Pandemiestufen herangezogen werden. Hier setzen wir auf weitere Merkmale, wie tatsächliche Infektionsverläufe, Auslastung des Gesundheitssystems, Belegung der Intensivbetten sowie der Beatmungen. Wir treten für die Hygieneregeln ein, sind aber skeptisch, ob die so genannten Alltagsmasken, insbesondere in der Ausführung dünner Baumwolltücher, effektiven Schutz vor allem im öffentlichen Personenverkehr bieten können. Wir befürworten wirksame Masken, wie sie in Gestalt von FFP-2 oder FFP-3 verfügbar sind.

Es braucht tragfähige Konzepte, wie wir mit dem Virus unser Leben und unser Wirtschaftsleben am Laufen halten können. Die bloße Aussicht auf einen wie immer gearteten Impfstoff ist uns zu wenig.

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.